

Johannes Fischer

Apartheid im Westjordanland
Warum die Meinung falsch ist, Deutschland müsse sich mit Kritik an Israel
zurückhalten

Wer sich ein Bild davon machen will, was es heute für Palästinenser bedeutet, im Westjordanland zu leben, der sei auf den Artikel „Siedler mit Sturmgewehren“ in der des Antisemitismus unverdächtigen FAZ vom 1. März verwiesen. Darin schildert der palästinensische Menschenrechtsaktivist Issa Amro, unter welcher schikanösen und von ständiger Gewaltbereitschaft seitens israelischen Militärs und jüdischer Siedler geprägten Bedingungen die Palästinenser in Hebron seit dem 7. Oktober leben müssen. Er selbst wurde am Morgen des 7. Oktober von uniformierten und bewaffneten Siedlern auf einer nahe gelegenen Militärbasis schwer misshandelt und leidet bis heute an den Folgen. Er hat Anzeige erstattet, aber wenig Hoffnung, dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

Ein Grund für die massive Zunahme der Gewalt seitens jüdischer Siedler ist die Ablenkung der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit durch den Gaza-Krieg. Ein anderer Grund liegt darin, dass aufgrund des Abzugs israelischer Soldaten, die für den Gazakrieg gebraucht wurden, ca. 5000 Siedler als Reservisten einberufen wurden, die nun im Westjordanland uniformiert und im Auftrag der Besatzungsmacht aktiv werden können. Der ultrarechte Minister für Nationale Sicherheit im israelischen Kabinett, Itamar Ben-Gvir, hat überdies zehntausende von Sturmgewehren an die Siedler verteilen lassen. Instruktiv ist der Artikel nicht zuletzt im Blick auf die Apartheid-Kritik, die der israelische Regisseur Yuval Abraham bei der Preisverleihung der Berlinale an der israelischen Politik im Westjordanland übte und aufgrund deren er sich – als Jude und Nachkomme von Holocaust-Überlebenden – heftigen Antisemitismus-Vorwürfen ausgesetzt sah. Wird doch in dem Artikel sehr eindrücklich geschildert, unter welchen Bedingungen die etwa 800 jüdischen Siedler in Hebron leben und welchen Lebensbedingungen andererseits die 35'000 Palästinenser dort unterworfen sind.

Die Antisemitismus-Hysterie, die die Berlinale ausgelöst hat, zeigt nur, welcher Verwirrung der Antisemitismus-Begriff inzwischen in Deutschland unterliegt, und zwar sowohl bei Politikern als auch bei vielen Medien. Viele können zwischen Kritik an Israel und seiner Politik – mag sie berechtigt, unberechtigt, infam oder absurd sein – und Antisemitismus nicht mehr

unterscheiden. Von anderen wird der Antisemitismus-Vorwurf gezielt eingesetzt, um Kritik an Israel zu diskreditieren. „Unter dem Deckmantel der Rede- und Kunstfreiheit wird antisemitische und antiisraelische Rhetorik zelebriert“, schrieb der israelische Botschafter Ron Prosor nach der Preisverleihung bei der Berlinale auf der Plattform X. Die deutsche Kulturszene rolle den Roten Teppich „ausschließlich für Künstler“ aus, die sich für „Israels Delegitimierung“ einsetzen. Hat Yuval Abraham sich mit seiner Rede bei der Preisverleihung für Israels Delegitimierung eingesetzt? Zu denen, die auf die Berlinale mit dem Antisemitismus-Vorwurf reagierten, gehörte auch der Bundesjustizminister Buschmann, der es eigentlich von Amts wegen besser wissen sollte: „Die Berlinale hat an diesem Wochenende schweren Schaden genommen, weil dort Antisemitismus viel zu unwidersprochen geblieben ist.“ Die strafrechtliche Beurteilung der Vorfälle sei Sache der zuständigen Strafverfolgungsbehörden und Gerichte. Das politische Urteil aber sei für ihn klar: „Antisemitismus ist unerträglich.“¹

Der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, hat demgegenüber richtiggestellt: „Ich würde von antiisraelischen und einseitigen Äußerungen sprechen, aber nicht von antisemitischer Rhetorik.“ Doch auch diese Richtigstellung wirft Fragen auf. War die Rede von Yuval Abraham, bei der Israels Regime im Westjordanland mit dem Wort ‚Apartheid‘ charakterisiert wurde, „antiisraelisch“? Ist jemand, der gegen Israels Vorgehen im Westjordanland und im Gazastreifen ist, gegen Israel? Muss man nicht ganz im Gegenteil sagen, dass mit Yuval Abraham das andere Israel auf der Bühne der Berlinale stand, nicht das Israel Benjamin Netanjahus und Itamar Ben Gvirs, das nur auf militärische Gewalt setzt, sondern das Israel jener Menschen in diesem Land, die ihre Hoffnung auf Verständigung mit den Palästinensern setzen und nach einer politischen Lösung für den Nahostkonflikt suchen? Hat Yuval Abraham daher in Berlin nicht allen Applaus verdient, für seinen Film und für seine Rede?

Offensichtlich sind aufgrund des in Deutschland herrschenden geistigen Klimas inzwischen alle so verblendet, dass man hier nicht mehr zu unterscheiden in der Lage ist. Der Zentralrat der Juden sah bei der Berlinale nur „ideologische Hetze gegen Israel und Juden“. Der Zentralratspräsident Josef Schuster sagte der „Bild“: „Hetze gegen Israel und Juden auf

¹ Wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, ist eine der wesentlichen Ursachen für die Verwirrung um den Antisemitismus-Begriff die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die 2017 von der Bundesregierung übernommen worden ist. Vgl. Johannes Fischer, Die Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs als Folge der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

deutschen Kulturveranstaltungen ist eine erschreckende Regelmäßigkeit geworden. Schon wieder ducken sich bei der Berlinale viele politisch Verantwortliche weg und haben nicht den Mut, gegen Applaus für Israelhass aufzustehen.“ Man hat inzwischen den Eindruck, dass der Zentralrat der Juden zu einer Lobbyorganisation des Staates Israel geworden ist, die ihre Aufgabe darin sieht, jede Kritik an dessen Politik zu diskreditieren. Dazu passt, dass der Zentralrat der Juden sich in einem Statement Anfang Dezember letzten Jahres gegen die Absicht des Auswärtigen Amtes wandte, dem Beispiel der USA zu folgen und gegen israelische Siedler, die Gewalt gegen Palästinenser ausüben, Sanktionen zu verhängen.² Deutschland und die EU würden damit nur „Rosinenpickerei“ betreiben. „Die Problematik der extremistischen Siedler im Westjordanland ist eine innenpolitische Herausforderung Israels und sollte auch als solche behandelt werden.“

Man hört und liest immer wieder, aufgrund seiner historischen Schuld müsse Deutschland sich mit Kritik an Israel zurückhalten. Ist das so? Aus der historischen Schuld Deutschlands folgt nach Überzeugung des Verfassers die Verpflichtung, für das Existenzrecht Israels einzutreten.³ Aber es folgt daraus keine bedingungslose Solidarität mit diesem Staat, ganz gleich, was dessen Regierung und was dessen Bürger tun. Denn das würde bedeuten, dass aus der historischen Schuld neue Schuld erwächst, nämlich dadurch, dass Deutschland Israel für seine Unrechtspolitik in den besetzten Gebieten bedingungslose Rückendeckung gibt. Faktisch hat Deutschland das getan. Ein Beispiel ist die Abstimmung in der UN-Vollversammlung vom 30. Dezember 2022 über eine Resolution, die den Internationalen Gerichtshof beauftragt, Israels „fortwährende Besatzung, Besiedlung und Annexion palästinensischer Gebiete“ zu prüfen. Die Resolution wurde von der Vollversammlung angenommen. Deutschland stimmte dagegen.⁴ Das geschah unter der politischen Verantwortung der heutigen Außenministerin. Zur Zeit läuft das Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof, das Deutschland damals zu verhindern suchte. Es war nur zu bequem, sich hinter dem Hinweis verstecken zu können, Deutschland müsse aufgrund seiner historischen Schuld mit Israel solidarisch sein und sich mit Kritik an dessen Politik zurückhalten. Man musste nicht hinschauen, was in den besetzten Gebieten geschieht und was das mit den Menschen auf palästinensischer Seite macht, sondern konnte die

² <https://www.zentralratderjuden.de/aktuelle-meldung/artikel/news/statement-zur-ankuendigung-des-auswaertigen-amts-extremistische-israelische-siedler-sanktionieren-zu-w/>

³ Johannes Fischer, Jenseits der Moral. Zum Verhältnis zwischen Deutschland und Israel, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2019/11/Zum-Verh%C3%A4ltnis-zwischen-Deutschland-und-Israel.pdf>

⁴ Johannes Fischer, Die Unehrlichkeit der deutschen Israel-Politik, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2023/01/Deutsche-Israel-Politik.pdf>

Dinge treiben lassen. Mit dem 7. Oktober 2023 scheint es ein gewisses Aufwachen gegeben zu haben. Wie nachhaltig dies ist und ob es zu einer wirklichen Änderung der deutschen Israel-Politik führt, bleibt abzuwarten.